

Nr. 04 / 2007 vom 26.04.2007

Beiträge und Erwartungen zum Energiepaket der EU-Kommission

BERLIN. Rund 200 Teilnehmer aus Industrie und Verbänden sowie Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments tauschten im Rahmen der Veranstaltung „Das Energiepaket der EU – Kommission“ vom nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerium und dem Forum für Zukunftsenergien Argumente und Standpunkte aus. Die Diskussionen rankten sich u.a. um die Themen Regulierung des Strom- und Gasmarktes, CO2-Zertifikatehandel und den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Zu den Überlegungen der EU-Kommission über die Regulierung des Strom- und Gasmarktes, bemerkte die nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerin Christa Thoben, dass diese zu weit vorgriffen. Die Binnenmarktrichtlinien aus dem Jahr 2003, mit denen die Einführung der Netzregulierung vorgeschrieben und die Entflechtung integrierter Energieversorgungsunternehmen verschärft worden sind, seien erst seit 2005 umgesetzt. Stärken und Schwächen könnten bislang kaum verlässlich beurteilt werden.

Dr. Johannes Lambertz, Vorstandsmitglied der RWE Power AG, lehnte die Idee des eigentumsrechtlichen Unbundlings ebenfalls ab. Diese Maßnahme sei im Hinblick auf die Eingriffstiefe unverhältnismäßig und gewährleiste keine Verbesserung der Marktbedingungen. Im Übrigen sei nicht bedacht, mit welchen nachteiligen Fragen sie verbunden sei. Auch Herbert Reul, Mitglied des Europäischen Parlaments, stand der Maßnahme skeptisch gegenüber. Die Realisierung sei problematisch und erfordere zudem sehr viel Zeit. Stattdessen sollte die Kraft darauf verwendet werden, regionale Netzbetreiber zu ermöglichen. Dr. Alfred Richmann, Geschäftsführer des Verbandes der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK), hingegen forderte, die Unabhängigkeit und Neutralität des Netzbetreibers dringend herbeizuführen.

Für den Zertifikatehandel sah die Ministerin noch einen Bedarf an Weiterentwicklung. Insbesondere müssten die Bürokratiekosten gesenkt und die Zuteilungsmengen so festgelegt werden, dass Planungssicherheiten für Investitionen geschaffen werden. Den vorliegenden Gesetzesvorschlag der Bundesregierung zum Zuteilungsgesetz bezeichnete die Ministerin im Hinblick auf die Regelungen für die Braunkohle als einen Schritt in die richtige

Richtung, mit dem man aber noch nicht ganz zufrieden sein könne. Für Dr. Johannes Lambertz ist die Benachteiligung des Energieträgers Braunkohle im NAP II hingegen ein falscher Weg. Zudem kritisierte er, dass die Befristung der Regelungen des NAP II bis 2012 keine Planungssicherheit gebe, die aber bei den anstehenden Investitionsentscheidungen dringend notwendig sei. Dr. Richmann mahnte an, dass die staatlichen Regelungen zur CO2-Politik die Energiepreise nicht weiter in die Höhe treiben dürften.

Stephan Kohler, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energieagentur GmbH, plädierte für die effiziente Bereitstellung und rationelle Nutzung von Energie sowie den verstärkten Ausbau der Nutzung regenerativer Energien, wobei er insbesondere der Effizienzsteigerung eine besondere Bedeutung zumaß.

Ebenso setzte sich Hermann Scheer, Mitglied des Deutschen Bundestages und Präsident der Eurosolar, während der von Andreas Mihm (Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung) moderierten Podiumsdiskussion einmal mehr für den Ausbau der Erneuerbaren Energien ein. Er forderte u.a. ein Solarwärmegesetz, eine internationale Agentur für Erneuerbare Energien und die stärkere Nutzung von Biokraftstoffen.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien ist die einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationale und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Der Verband hat ca. 200 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Kontakt:

Katja Freitag
Referentin
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Stralauer Platz 33-34
10243 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 0
eMail: freitag@zukunftsenergien.de
Internet: www.zukunftsenergien.de